



MIGRATION IN (LATEIN-)AMERIKA  
Immigrant\_innen aus  
Lateinamerika in den USA:  
Jobmotor und Jungbrunnen?



# Immigrant\_innen aus Lateinamerika in den USA: Jobmotor und Jungbrunnen?

MICHAEL CZOGALLA  
Oktober 2016

In den letzten 20 Jahren ist der Einfluss der Immigrant\_innen aus Lateinamerika auf die Wirtschaft, die Politik und die Gesellschaft des Landes stetig gewachsen. Derzeit macht diese Gruppe der 320 Millionen starken Gesamtbevölkerung bereits 55 Millionen Menschen aus, von denen zwei Drittel aus Mexiko stammen. Damit hat jeder sechste US-Bürger mexikanische bzw. mittel- und südamerikanische Wurzeln.

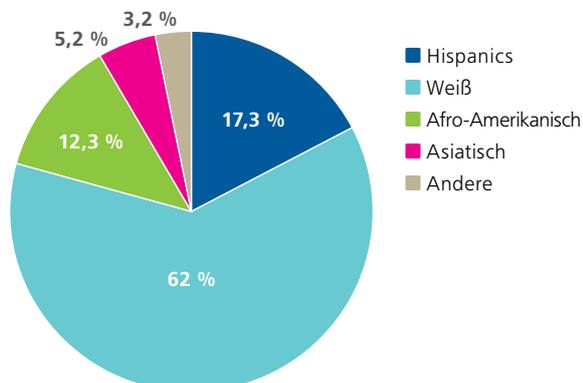
Latinos und Latinas, wie die Einwanderer aus Lateinamerika in den USA genannt werden, erreichen mittlerweile hohe Bildungsgrade, steigen wirtschaftlich auf und ändern die kulturelle und politische Landschaft der USA. Schon heute ist absehbar, dass diese Entwicklung in den nächsten zwei Jahrzehnten gravierende Veränderungen mit sich bringen wird. Gingen beispielsweise im Jahr 2012 noch elf Millionen Latinos und Latinas zur Wahl, werden 2030 bereits 40 Millionen wahlberechtigt sein. Damit gehen politischer und wirtschaftlicher Einfluss einher, denn die politischen und wirtschaftlichen Eliten werden um diese Stimmen und diesen wachsenden Markt kämpfen müssen.

## Wirtschaftliche Aspekte

In der relativ kurzen Geschichte der Vereinigten Staaten waren Einwanderer immer ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie tragen durch Konsum zum wirtschaftlichen Wachstum bei und führen Steuern ab. Und gerade in Bereichen wie Landwirtschaft, Nahrungsmittelindustrie, Baugewerbe oder im Pflegedienst stellen Latinos und Latinas dringend benötigte Arbeitskraft zur Verfügung.

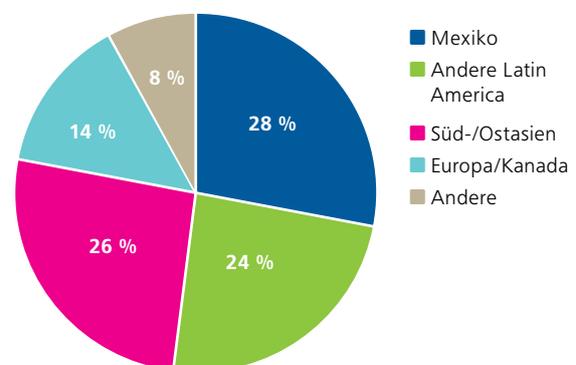
Dennoch gibt es immer wieder Anti-Immigrationsstimmen, die besonders in Wahljahren lauter werden. Hier spielen größtenteils Unwissenheit und Vorurteile eine Rolle. Denn es zeigt sich, dass im Ausland geborene Arbeiter\_innen, egal mit welchem Ausbildungsgrad, die Beschäftigungssituation von Einheimischen verbessern und nicht verschlechtern. Das liegt vor allem an ihren Qualifikationen, die oft komplementär zu denen von Einheimischen sind. In nicht unerheblichem Maße hat dies auch Fortbildungen und Spezialisierungen der einheimischen Arbeiter\_innen zur Folge, was für diese wiederum zu höheren Gehältern und einer Verbesserung des Lebensstandards führt.

**Anteil der Ethnien in der US-Bevölkerung (2014), in %**



Quelle: American Community Survey 2014, U.S. Census Bureau (Selbsteinordnung der Befragten)

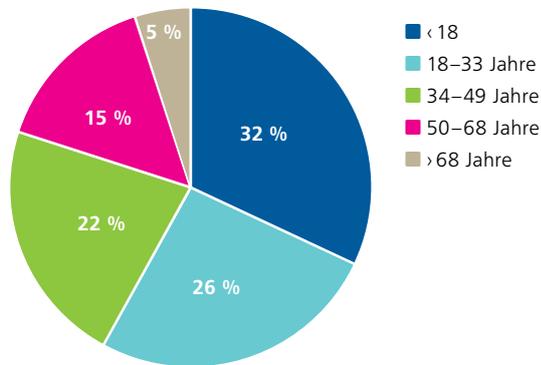
**Herkunft der US Einwanderer (2013), in %**



Quelle: American Community Survey 2013, U.S. Census Bureau



**Altersstruktur der Latino-Population (2014), in %**



Quelle: American Community Survey 2014, U.S. Census Bureau

US-Bürger\_innen mit lateinamerikanischen Wurzeln haben in den USA eine geballte Kaufkraft von 1,1 Billionen US-Dollar und allein 2013 lag der Beitrag der Immigrant\_innen zum Bruttoinlandsprodukt bei 1,6 Billionen US-Dollar. Zudem sorgen sie für das Bevölkerungswachstum der USA, denn das Durchschnittsalter der weißen Bevölkerung liegt bei 42 Jahren, das der afroamerikanischen bei 32 und das der Latinos und Latinas bei 28 Jahren. Letztere sind, sofern in den USA geboren, sogar durchschnittlich nur 18 Jahre alt. In Zeiten, in denen sich viele westliche Zivilisationen mit der Frage der Überalterung der Gesellschaft und schwindenden Reserven der Rentenkassen auseinandersetzen müssen, füllen die Kinder der lateinamerikanischen Immigrant\_innen die Kindergärten und Schulen und sorgen für den künftigen Nachschub auf dem Arbeitsmarkt.

Um den enormen wirtschaftlichen Beitrag aller Einwanderer (und ihrer Nachkommen) zu veranschaulichen, seien hier einige Beispiele genannt.

Viele Latinos und Latinas zieht es in den Bundesstaat Kalifornien. Bis 2014 lebten dort fünf Millionen Einwanderer, die damit 27 Prozent der Bevölkerung stellten sowie 35 Prozent der Erwerbstätigen des Bundesstaates. Gewerbe in ihrem Besitz generierten Einnahmen von über 20 Milliarden US-Dollar und beschäftigten 1,5 Millionen Menschen. Immigrant\_innen zahlten knapp 50 Milliarden US-Dollar an Sozialleistungen und hatten eine gemeinsame Kaufkraft von fast 240 Milliarden US-Dollar. Zusätzlich gab es fünf Millionen in Kalifornien lebende »illegale« Einwanderer, die dem Bund 2,7 Milliarden und dem Bundesstaat 1,6 Milliarden US-Dollar Steuern einbrachten, was ihnen fast 35 Milliarden US-Dollar an Kaufkraft ließ.

Ähnlich verhält es sich in anderen auf Immigration gut vorbereiteten Bundesstaaten, wie etwa New York. Über-

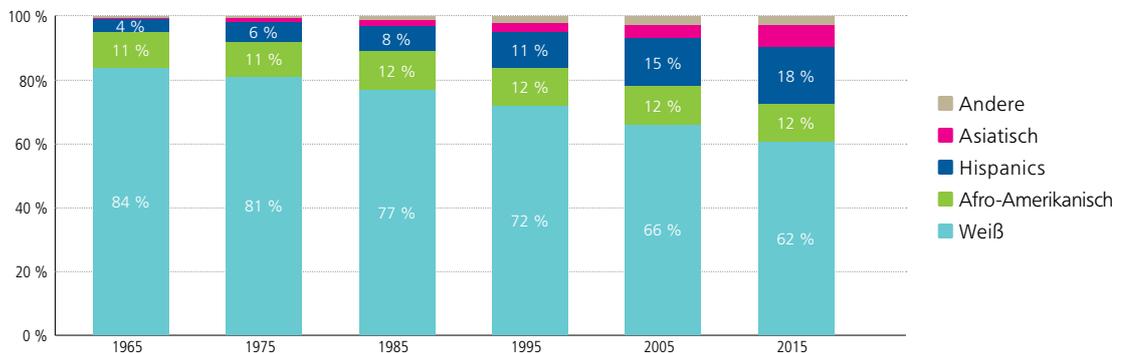
raschen dürfte, dass auch weniger einwanderungsoffene Bundesstaaten, beispielsweise Georgia, von den dort lebenden und ankommenden Immigrant\_innen vermehrt profitieren. Die knapp eine Million Einwanderer machten 2014 in Georgia zehn Prozent der Bevölkerung und 14 Prozent der Erwerbstätigen aus. Gewerbe im Besitz von Einwanderern generierten Einnahmen von 1,5 Milliarden US-Dollar und beschäftigten 137 000 Menschen. Der wirtschaftliche Beitrag von Einwanderern verteilt sich, wenn auch noch in unterschiedlichem Maße, zunehmend über die USA – ein Trend, den auch die Gesetzgeber vieler Bundesstaaten erkannt haben.

Während eine Einwanderungsreform auf Bundesebene in den Schubladen der Kongressabgeordneten verstaubt, haben zahlreiche Bundesstaaten die Initiative ergriffen, Gesetze eingebracht und mancherorts bereits verabschiedet, so dass illegale Immigrant\_innen beispielsweise eine *driver's license* (in den USA eine Kombination aus Führerschein und Personalausweis) beantragen können, sich für niedrigere Studiengebühren ihres jeweiligen Bundeslandes qualifizieren oder auch die Geltung von Arbeitsrechten für sich beanspruchen dürfen. Eine positive Entwicklung, verabschiedete doch noch 2010 der Bundesstaat Arizona ein Gesetz, nach dem Bürger\_innen ohne konkreten Verdacht jederzeit von der Polizei überprüft und eingesperrt werden konnten. Das löste scharfe Proteste im gesamten Land aus und 2012 wurde das Gesetz vom US-Verfassungsgericht, dem Supreme Court, zu großen Teilen außer Kraft gesetzt.

»Welcome Immigrants« ist heute ein Slogan, den sich mehr und mehr Kommunen zu eigen machen. Sie nutzen die existierende Rechtslage und werben mit Integrationsprogrammen sowie erleichterten Möglichkeiten zur Unternehmensgründung. So wird versucht, zerfallende Stadtzentren zu revitalisieren. Ein erfolgreiches Beispiel ist Dayton, Ohio,



Ethnien in der US-Bevölkerung im Zeitverlauf, in %



Quelle: American Community Survey 2014, U.S. Census Bureau

wo der ehemalige Präsident des US-Repräsentantenhauses im Kongress, John Boehner, ein Republikaner und bis 2015 dritthöchster Politiker des Landes (nach Präsident Barack Obama und Vizepräsident Joe Biden), seinen Wahlkreis hatte. Dayton ist Vorbild für viele andere Kommunen und Städte, in denen sich Politiker\_innen egal welcher Partei-zugehörigkeit mit sinkenden Einwohnerzahlen und verfallenden Industriegebieten auseinandersetzen müssen.

Sehr viele Immigrant\_innen kommen allerdings nicht in den Genuss des gegenseitigen sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegs. Diese offiziell mit zwölf Millionen veranschlagten »illegalen« bzw. »nicht dokumentierten« Immigrant\_innen suchen sich Arbeit in der »underground economy«, dem Schwarzmarkt, wo sie oft auf unterschiedlichste Art ausgenutzt werden. Demokraten und Republikaner ringen seit Jahren um eine Einwanderungsreform, bei der es auch um die derzeit in den USA illegal lebenden Menschen gehen soll. Allerdings liegt genau hier der Kern des Problems, denn die Politik ist sich keineswegs einig darüber, wie mit diesen zwölf Millionen Menschen verfahren werden soll.

Politischer Einfluss

Momentan lässt sich live mitverfolgen, wie Demokraten und Republikaner Minderheiten umwerben. Im Superwahljahr 2016 werden die Weichen für die weitere Entwicklung der USA gestellt. Donald Trump, der republikanische Präsidentschaftskandidat, widerspricht sich oft beim Thema Einwanderung. Mal hinterfragt er ihre Integrität als US-Bürger\_innen, mal umwirbt er sie. Doch bis heute wiederholt er immer wieder, entlang der mexikanischen Grenze eine »Mauer« bauen und illegale Einwanderer abschieben zu wollen. Das klingt nach Ab- und Ausgrenzung – und spiegelt sich in Trumps Umfragewerten unter der lateinamerikanischen Bevölkerung wider.

Hillary Clinton, die Präsidentschaftskandidatin der Demokraten, kann laut einer neuen Umfrage mit 70 Prozent der Latinostimmen rechnen, Donald Trump mit 19 Prozent. Barack Obama fuhr im Jahr 2012 71 Prozent der Latino-stimmen ein, Mitt Romney 27 Prozent. Der Republikaner George W. Bush konnte 2004 die Präsidentschaft nur gewinnen, weil er 44 Prozent der Latinos und Latinas für sich gewinnen konnte. Sollten weiße Wähler\_innen nicht in historisch hoher Zahl an die Urnen gehen, müssten die Republikaner über 40 Prozent der Latinostimmen erhalten. Nur dann hätten sie eine Chance, die Wahl zu gewinnen.

Republikaner setzen ihr politisches Gewicht nicht selten dafür ein, die Notwendigkeit einer Erhöhung der nationalen Sicherheit zu betonen. Im Wahlkampf schwingt dann immer auch Angstmache mit. Ein Tenor, der sich wie eine Konstante im gesellschaftlichen Dialog zu halten scheint und auch das Thema Immigration betrifft. Teile der weißen Bevölkerung haben Angst, auf eine Nebenrolle degradiert zu werden, gar in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden. Die sogenannten Nativisten<sup>1</sup> sehen sich daher berufen, von »denen« zu sprechen, die ihrer Meinung nach die Sprache nicht lernen und sich nicht anpassen wollen. Dieser Versuch, die demografische Entwicklung zu stoppen, ist zwar absurd, stößt aber bei manchen weißen Bürger\_innen dennoch auf Gehör. Deutlich wird dies beispielsweise auf Großveranstaltungen mit Donald Trump, der diese Richtung in seinen Reden offen anfeuert statt abzuschwächen.

1. Eine Bewegung, die aufgrund der millionenfachen europäischen Einwanderung Mitte des 19. Jahrhunderts in den USA als Reaktion auf die Ansprüche von Zuwanderern und die wahrgenommene Bedrohung der Überfremdung entstand. Der Name leitete sich von den zu der Zeit existierenden "Native American Parties" ab (nativ von lat. natus: "angeboren, natürlich"), was sich nicht auf Ureinwohner\_innen bezog, sondern auf in den USA geborene Menschen mit eigenem Migrationshintergrund.



Die Mitte und Mehrheit der Gesellschaft der Vereinigten Staaten bestand über 200 Jahre lang, von Präsident George Washington bis Präsident Ronald Reagan, aus europäischstämmigen Weißen (80 bis 90 Prozent). Der 2010 durchgeführte Zensus zeigte, dass diese Bevölkerungsgruppe in nur 40 Jahren auf 64 Prozent geschrumpft war. Irgendwann gegen Mitte des Jahrhunderts, so die Prognose, wird diese Zahl unter 50 Prozent sinken.

Diese Entwicklung wird sich spürbar auf jeden Bereich der Gesellschaft auswirken und betrifft besonders die Stammwählerschaft der Republikaner, die mit der Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses in den letzten Jahren eine umfangreiche Einwanderungsreform verhindern konnten. Doch Einwanderer allgemein und Latinos und Latinas im Besonderen sind heute viel mobiler, und sie siedeln sich auch in Gemeinden entlegener Bundesstaaten an, die derzeit noch homogener sind. Der Wunsch der Bevölkerung nach einer vernunftgetragenen Reform wird daher also in deutlich mehr Wahlbezirken laut werden. Somit werden sich auch die Republikaner den Luxus des Blockierens einer Reform nicht mehr leisten können.

Heute erreichen jährlich 900 000 in den USA geborene Menschen mit lateinamerikanischer Herkunft das Wahlalter. Damit sind junge Immigrant\_innen inzwischen gegenüber älteren in der Mehrheit. Und sie werden über die kommenden Wahlperioden ihren Einfluss verstärken, denn Einwanderungsreform und Gesetzesänderungen – ob auf Bundes- oder Bundesstaatenebene – wirken sich oft auch auf Familien, Angehörige oder Freund\_innen aus, was den Gang zur Wahlurne zusätzlich motiviert.

Dennoch: Weder die Demokraten noch die Republikaner sollten sich dieser Stimmen sicher sein. Es ist schlicht falsch zu denken, dass Latinos und Latinas automatisch die Demokraten wählen. Ihre Wahlpräferenz hängt zu großen Teilen davon ab, ob sie in den USA geboren wurden und mehrheitlich englisch sprechen – oder ob sie spanisch sprechen und nicht in den USA geboren wurden. Letztere unterstützen Hillary Clinton mit 70 bis 75 Prozent – Erstere dagegen weitaus weniger. Die demokratische Präsidentschaftskandidatin erreicht hier laut aktuellen Umfragen 43 Prozent, Trump immerhin 29 Prozent. Auch bei Latinos und Latinas zeigt sich das Phänomen, das sich schon bei früheren Einwanderungswellen beobachten ließ: die Angst vor neuen Immigrant\_innen und der Verschlechterung der eigenen Position. Die Wähler\_innenschaft »Latinos und Latinas« ist also keine homogene Masse, die sich einfach kategorisieren ließe. Dennoch hat Clinton mit Blick auf die gesamte lateinamerikanische Bevölkerungsgruppe den Vorteil, dass nicht in den USA geborene Latinos und Latinas den weitaus größeren Anteil stellen.

Um ihre Chancen bei Latinowähler\_innen zu erhöhen, müssten sich Republikaner bzw. deren Hardliner ganz klar zu einer Einwanderungsreform bekennen und sich von kontroversen Positionen distanzieren. Wahlprogramme können noch so detaillierte Verbesserungen in Bereichen wie Arbeitsmarkt, Wohlfahrt und Gesundheit auflisten – sie haben keinen Erfolg, wenn zusätzlich die Abschiebung von illegal im Land lebenden Familienmitgliedern gefordert wird. In den USA geborene Jungwähler\_innen erlangen per Geburt automatisch die US-amerikanische Staatsbürgerschaft. Das gilt nicht für ihre möglicherweise illegal im Land lebenden Eltern und Verwandten. Es gibt also einen wachsenden Kreis von Wahlberechtigten mit Ansprüchen, Hoffnungen und Erwartungen an eine politische Elite, die diesem demografischen Trend nicht ausreichend Beachtung schenkt.

Hillary Clinton umschreibt ihre Einstellung zur Immigration mit einem Satz: »We need comprehensive immigration reform with a pathway to full and equal citizenship.« Hinzu kommt eine detaillierte Aufstellung in ihrem Einwanderungsprogramm: die Einwanderungspolitik Obamas fortführen, Familien zusammenhalten, Zugang zur Krankenversicherung gewähren, den Weg zur Staatsbürgerschaft erleichtern, die Integration verbessern und eine menschenwürdige Abschiebepolitik verfolgen.

Republikaner im Repräsentantenhaus bieten derzeit keine innovativen Ideen für eine Immigrationsreform. Sie verweisen auf die nationalen Sicherheitsprobleme und unterstützen Maßnahmen, die sich seit 1986 (der letzten größeren Reform) nicht verändert haben. Donald Trumps Immigrationsprogramm beinhaltet unter anderem den Bau einer Mauer entlang der südlichen Grenze, die Mexiko bezahlen soll, die härtere Umsetzung bestehender Gesetze (z. B. Abschiebung aller Straffälligen), die verpflichtende Nutzung des »e-verify« (eine derzeit nicht verpflichtende, aber existierende Möglichkeit für Arbeitgeber\_innen, potenzielle Arbeitnehmer\_innen auf ihre legalen Arbeitspapiere via Onlineservice zu prüfen), die Abschaffung des Geburtsrechts auf Staatsbürgerschaft und ein Einwanderungsmoratorium, um offene Jobs aus dem inländischen Arbeitslosenpool zu füllen.

Trump und seine potenziellen Wähler\_innen bedenken nicht, dass Latinos und Latinas sowie ihre Kinder ein treibender Faktor für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in den USA sind. Ihr wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Beitrag ist essenziell für das Gedeihen des US-amerikanischen Wohlstands. Sie verkörpern den von manchen schon totgeglaubten »amerikanischen Traum«. Doch der Traum kann auch platzen – etwa derart, dass ähnlich wie in anderen Einwanderungsländern diese Menschen nach Abschluss einer Ausbildung und wirtschaftlichem Erfolg in ihr Herkunftsland zurückkehren. Denn das veraltete Immigrations-



Quelle: Die Karte basiert auf Daten des US Geological Survey und des mexikanischen Bildungsministeriums, Gigette, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=26601059>

system basiert auf Abschottung und nicht auf Integration. Dazu kommen die schlechten Aussichten auf eine umfassende Reform. Ähnlich dem *Affordable Care Act* (»Obama-care«) wird es mit einer Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus keine Immigrationsreform in vollem Umfang geben. Bleibt also der Ausgang der Präsidentschafts- und Kongresswahlen im November abzuwarten.

### Die gesellschaftliche Verankerung der Latinos und Latinas sowie die Ängste der alten, weißen Männer

Schon vor über 500 Jahren besiedelte Spanien große Gebiete der heutigen USA, als spanische Schiffe Gebiete von Florida bis Kalifornien »entdeckten«, also lange bevor die Briten 1607 Jamestown in Virginia gründeten oder in Massachusetts 1621 vor Anker gingen. Das Vizekönigreich Neuspanien (*Virreinato de Nueva España*) regierte Mittelamerika und große Teile des westlichen und südwestlichen Nordamerika, darunter die heutigen Bundesstaaten Kalifornien, Arizona und Neu Mexiko, von 1535 bis zum Vertrag von Córdoba 1821. Seine Kultur blühte längst, als die Gründerväter der USA die Unabhängigkeitserklärung unterschrieben und das neugegründete Land sich 1776 von Großbritannien trennte. Der Einfluss Spaniens und Lateinamerikas ist bis heute allgegenwärtig: beim Essen, in der Musik, beim Sport (besonders Baseball) sowie in Film und Fernsehen.

Dennoch wird die Wahrnehmung vieler Bürger\_innen oft und gerade in Wahljahren durch das panikmachende, rechte Spektrum manipuliert. Es wird vor einer lateinamerikanischen Invasion gewarnt und Statistiken (z. B. Kriminalitätsrate, Systemausnutzung) zu den illegal in den USA lebenden Einwanderern werden verzerrt. Dabei ist diese inoffizielle Bevölkerungsgruppe durchaus am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben beteiligt und zahlt nicht zuletzt Steuern.

Es sind vor allem die sogenannten weißen Babyboomer, die ihre gesellschaftliche Position in Gefahr sehen. Die Bevölkerung Arizonas, eines Bundesstaates mit hoher Einwanderungsrate und gravierenden Anti-Immigrationsgesetzen, besteht beispielsweise zu 83 Prozent aus weißen über 65-Jährigen und 58 Prozent nicht weißen Kindern. Hier wie auch in anderen Bundesstaaten mit hohem Immigrantenteil stoßen verschiedene mitunter multiethnische Generationen aufeinander.

Was heute mehr und mehr auffällt: Rassismus wird offener zur Schau getragen. Selbst einige Präsidentschaftsanwärter gingen während der Vorwahlen mit Fehlinformationen über hohe und wachsende Kriminalität unter Immigrant\_innen hausieren. Das Gegenteil ist aber der Fall: Seit 1990 ist die Kriminalitätsrate unter Einwanderern trotz des wachsenden Bevölkerungsanteils um 48 Prozent gesunken.



Einhergehend mit den positiven Auswirkungen der lateinamerikanischen Einwanderung auf die Gesellschaft der USA gibt es auch große Herausforderungen. Wenn sich die Latinobevölkerung bis Mitte des Jahrhunderts tatsächlich verdoppelt, muss sie sich gesellschaftlich weiterentwickeln. Momentan brechen mehr Latinos und Latinas als Weiße die Highschool ohne Abschluss ab. Von den Erwachsenen schaffen es im Vergleich zu Weißen nicht einmal halb so viele, Manager- oder vergleichbare Führungspositionen zu erreichen. Weniger Latinos und Latinas besitzen Immobilien und die Finanzkrise ab 2008 hat sie in besonderem Maße getroffen. Um die prekäre Lage einer ungebildeten Latino-Unterschicht zu verbessern, werden auf kommunaler Ebene zunehmend innovative Initiativen und Programme entwickelt, beispielsweise mit dem Ziel, die Zahl der Schulabbrecher zu senken.

In einer Gesellschaft wie den Vereinigten Staaten wird Immigration auch künftig das demografische Bild der Bevölkerung formen. Dies ist ein Prozess, der sich zumindest in den USA fortwährend wiederholt, und zwar immer dann, wenn sich etablierte Gruppen gegen Einwanderung wehren. Wobei sie selbst die Nachkommen von Einwanderern sind. Dies trifft gerade in den USA auf den größten Teil der Bevölkerung zu – wie lange die Immigration der eigenen ethnischen Gruppe auch immer zurückliegt. Schon 1822 wurde Joseph Marion Hernández zum ersten spanischstämmigen Kongressdelegierten gewählt (Florida war damals noch ein Territorium, daher war er kein Abgeordneter mit Stimmrecht; dies gilt auch heute noch für beispielsweise Puerto Rico und die Virgin Islands). Bis heute sind ihm über 71 Abgeordnete, 31 Delegierte und 11 Senatoren gefolgt. Die Senatoren mit spanischer und lateinamerikanischer Abstammung Marco Rubio und Ted Cruz machten zuletzt als republikanische Präsidentschaftskandidaten Schlagzeilen.

## Fazit

Die Vereinigten Staaten ringen seit Jahren um eine Einwanderungsreform, um adäquat auf Integrationsdefizite zu reagieren, mit der illegalen Einwanderung fertig zu werden und eine Lösung für die im Land lebenden und arbeitenden illegalen Einwanderern zu finden. Doch während in Washington kein Kompromiss gefunden werden kann, haben viele Bundesstaaten erkannt, welche positiven Effekte Einwanderung auf Wirtschaft, Politik und Gesellschaft hat. Die Regierung in Washington sollte den gesetzlichen Rahmen stecken und eine umfassende Reform auf den Weg bringen, die vielleicht schon im nächsten Kongress eine Mehrheit finden kann.

Die Diskussion um die bereits vor Jahren aufgeschobene, überfällige Einwanderungsreform ist eines der wichtigsten Wahlkampfthemen 2016. Sollten Donald Trump und damit die Befürworter der Grenzmauer zu Mexiko die Wahlen im November gewinnen, blieben große innenpolitische Herausforderungen ungelöst im Raum stehen. Gewinnen allerdings Hillary Clinton und die Fürsprecher einer umfangreichen Einwanderungsreform das Weiße Haus und beide Häuser des Kongresses, wäre der Weg für eine Reform frei.

Diese Reform müsste sich aller Aspekte von Immigration und Integration annehmen und den zwölf Millionen illegalen Immigrant\_innen auch das Erlangen der US-Staatsbürgerschaft ermöglichen, eine menschenwürdige und faire Abschiebepolitik vertreten und vor allem das Potenzial der bereits in den USA lebenden und dort ankommenden Immigrant\_innen sinnvoll nutzen. Erst dann können alle Immigrant\_innen gleichwertig am Wirtschaftswachstum, an politischen Entscheidungsprozessen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben.



## Über den Autor

**Michael Czogalla** ist Programmkoordinator der Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington, wo er die Programme zur Außen- und Sicherheitspolitik leitet.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik  
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:

Dr. Svenja Blanke, Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik  
Tel.: +49-30-269-35-7484 | Fax: +49-30-269-35-9253  
[www.fes.de/lateinamerika](http://www.fes.de/lateinamerika)

Bestellungen/Kontakt:

[info-lak@fes.de](mailto:info-lak@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

© Bildquellen Titelseite:

ES James, Gila Photography, Jess Kraft, MIA Studio (shutterstock.com)

Gage Skidmore, Daniel Lobo (flickr.com)

Charles Talen (Wikimedia Commons)

Gestaltung/Satz: Dominik Ziller/DZGN

## Über die Publikationsreihe »Migration in (Latein-)Amerika«

Kaum eine andere Region ist historisch und zugleich aktuell so sehr von Migration geprägt wie Amerika. Während im 18. und 19. Jahrhundert die Länder beider amerikanischen Kontinente vor allem für Einwanderer\_innen aus Europa hohe Attraktivität besaßen, ist in der Gegenwart die Migrationsbewegung aus Lateinamerika und der Karibik nach Nordamerika dominierend. Die vorliegende Publikationsreihe der FES beleuchtet unterschiedliche Aspekte von Migration in (Latein-)Amerika, zeigt Parallelen zur aktuellen Flüchtlingsdebatte in Deutschland und Europa auf und zielt darauf ab, Anregungen für die Gestaltung von menschenwürdiger Migration zu geben.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN  
978-3-95861-621-9